

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

36. Sitzung des Abgeordnetenhauses (vom 5. April.)

1 Uhr. Am Ministerial-Camphausen, Graf zu Culemburg und Dr.

Friedenthal mit mehreren Commissarien.

Präsident v. Beningen teilt zahlreiche Urlaubsgesuche und die Antwort des Ober-Hofmarschalls Grafen Büttner vom 21. März auf das Gesuch des Präsidiums mit, eine Audienz bei Sr. Majestät dem Kaiser und Könige zu dem Zwecke zu erhalten, um die Glückwünsche des Hauses zu seinem Geburtstage zu überbringen. Das Schreiben spricht das Bedauern aus, daß das persönliche Besinden Sr. Majestät nicht gestatte, die Glückwünsche in gleicher Ausdehnung wie sonst entgegenzunehmen.

Eingegangen sind ein Gesetz-Entwurf, betreffend die Kosten, Stempel und Gebühren in Vermundschäften; ein Gesetz-Entwurf, betreffend die Wiederherstellung der Grundbücher des Grumbuchamtes Siedlungen und ein Gesetz-Entwurf, betreffend die Überweisung einer Summe von 4,500,000 Mark an den Provinzial-Verband von Schleswig-Holstein. Ein Schreiben des Justizministers sucht die Ermächtigung zur strafrechtlichen Verfolgung der „Frankfurter Zeitung“ wegen Beleidigung des Abgeordnetenhauses nach; dasselbe geht an die Geschäfts-Ordnungs-Commission.

Vor dem Eintritt in die Tages-Ordnung verlangt der Finanzminister Camphausen das Wort: Bereits in der Sitzung vom 19. Januar habe ich ausführlich dargelegt, wie sich wahrscheinlich die Finanzverhältnisse des Jahres 1874 gestalten würden. In der Mitte des Monats März hat nun, wie gewöhnlich der Finalabschluß stattgefunden und ich halte mich für verpflichtet, die genauen Ziffern dem hohen Hause mitzuteilen: für 1874 waren die Gesamteinnahmen des Staates veranschlagt auf 232,758,017 Thlr.; in der Wirklichkeit haben sich die Einnahmen belaufen auf 249,629,485 Thlr. und sind also gegen den Voranschlag höher gewesen um 16,871,468 Thlr. Die Ausgaben, die wie immer in derselben Höhe wie die Einnahmen veranschlagt waren, haben sich bei der tatsächlichen Verwaltung belaufen auf 241,694,726 Thlr., also auf einen Mehrbetrag von 8,936,709 Thlr.

Neben dieser tatsächlichen Verwaltung läuft die sogenannte extraordinaire einher, die 1874 wieder von sehr großer Bedeutung gewesen ist, indem die Summe von 80,193,504 Thaler vereinbart wurde; es ist aber bei dieser selben Verwaltung die Summe von 81,340,804 Thlr., also ein Mehrbetrag von 1,147,300 Thlr. veranschlagt worden. Bei der extraordinaire Verwaltung bestehen die Einnahmen und Ausgaben in der Hauptsache aus durchlaufenden Posten. Im Jahre 1874 hat sich unter den Ausgaben ein Posten von 1 Million Thaler befunden, der aus einem speziellen Verhältnis herrührte. Preußen hatte 1874 mit der großherzoglichen Oldenburgischen Regierung einen Staatsvertrag abgeschlossen, wonach Preußen die Verpflichtung übernommen im Laufe von 10 Jahren entweder dafür zu sorgen, daß eine Eisenbahn von Oldenburg über Damme nach Minden gebaut werde, oder der großherzogliche Oldenburgische Regierung eine Summe von 1 Million Thaler zu zahlen. Diese letztere Zahlung hat 1874 eintreten müssen, weil der Eisenbahnbau nicht stattgefunden hat. Den vorhin angeführten Mehrausgaben tritt also bei der extraordinaire Verwaltung ein Zusatzbedarf von 1,147,300 Thaler hinzu; es beträgt also die Mehrausgabe 10,084,009 Thlr. Diese Mehrausgabe, abgezogen von der Mehreinnahme, läßt einen drosselbaren Ueberschuss von 6,787,459 Thlr., den wir, wenn nicht anders darüber bestimmt wird, für die Ausgaben des Jahres 1876 reservieren. Die Mehrausgaben verbergen sich in Gänzen auf sehr wenige Verwaltungen und zwar auf die Bergwerksverwaltung mit 7,143,895 Thlr., wohlbekannt die Bruttoeinnahme, auf die Eisenbahnverwaltung mit 3,087,224 Thlr. auf die Forstverwaltung mit 2,300,105 Thlr., auf die Ablösungen und Verkäufe mit 842,581 Thlr.; ferner ist durch die vorübergehende unzulässige Anlegung von Kapital-Beständen neben den Ersparnissen bei der Verzinsung der Staatschulden noch ein Zinsgewinn von 644,372 Thlr. erzielt worden. Diese wenigen Posten machen jedoch mehr als 14 Millionen Thlr. aus.

Dazu kommen noch die direkten Steuern mit 1,011,000 Thlr., die indirekten Steuern mit 132,000 Thlr., die Justizverwaltung, andererseits aber mit großen Mehrausgaben, mit einer Mehreinnahme von 582,000 Thaler, die Domänenverwaltung mit 413,000 Thaler. Was die beträchtliche Erhöhung der Ausgaben betrifft, so fällt sie beinahe ausschließlich auf die Eisenbahn- und Bergwerksverwaltung, die erstere mit 5,436,991 Thaler, die zweite mit 3,089,040 Thaler Mehrausgabe. Schließlich will ich nur noch anführen, daß für Eisenbahnbauten im Jahre 1874 30,331,704 Thaler veranschlagt sind; die Ausgaben auf diesem Conto werden sehr bedeutend fortgeführt und sind in dem ersten Quartal dieses Jahres allein für Eisenbahnbauten 24,000,000 Mark veranschlagt worden.

Das Haus tritt in seine Tagesordnung ein, deren erster Gegenstand die Interpellation des Abg. Birchow ist, die der Minister des Innern sofort zu beantworten sich bereit erklärt. Sie lautet:

Das Haus der Abgeordneten hat in seiner Sitzung vom 11. Februar d. J. beschlossen, die königliche Staatsregierung aufzufordern, noch in der gegenwärtigen Session den Entwurf eines Gesetzes über die Reform der Gemeinde-, Kreis- und Provinzialordnung für Rheinland und Westfalen dem Landtag vorzulegen. Seitdem ist dem Hause keine Mitteilung zugegangen, woraus zu erkennen wäre, welche Stellung die königliche Staatsregierung der an sie ergangenen Auflösung gegenüber einzunehmen gedenkt. Ich möchte daher die Frage an die königliche Staatsregierung, 1) ob sie dem Landtag noch in dieser Session den gedachten Entwurf vorlegen wird, 2) im Falle die Verneinung, ob die königliche Staatsregierung die Vorlage in der nächsten Session einzubringen beabsichtigt.

Abg. Birchow: Das Haus hat in der Sitzung vom 11. Februar d. J. mit der sehr großen Majorität von 292 gegen 28 Stimmen die in der Interpellation erwünschte Auflösung an die königliche Staatsregierung und zwar gegen den Wunsch des Ministers des Innern beschlossen. In den Verhandlungen der Commission für die Provinzialordnung ist die Frage angeregt worden, wie die Regierung gegenüber dem Beschlüsse sich zu verhalten gedenkt und hat der Commissarius des Herrn Ministers auf die demnächstige Einführung des Herrn Ministers selbst, welche in der Commission erfolgen soll, verwiesen. Eine solche Erklärung ist nicht erfolgt, und wir stehen unmittelbar vor der Beratung der Provinzialordnung für die östlichen Provinzen, ohne daß je jetzt irgend eine weitere Kenntnis gewonnen worden ist, wie die Regierung sich zu verhalten gedenkt. Für uns, m. h., hat diese Frage eine erhebliche praktische Bedeutung; ich betone dies namentlich deshalb, weil der Herr Minister in seiner Rede vom 11. Februar sich vergeblich bemüht hat, den Grund zu entdecken, warum wir eigentlich diese Resolution wünschen. Der Grund ist ein sehr einfacher; wir sind so sehr von der politischen und kommunalen Notwendigkeit durchdrungen, auch den westlichen Provinzen die Provinzialordnung zu verschaffen, daß wir beabsichtigen, wenn die Regierung nicht ihrerseits die Initiative in der Sache ergreift, es von uns aus zu thun. Es ist für uns eine überaus wichtige Frage, ob wir uns einer Aufgabe, die wir sehr gern der Regierung überlassen, unterziehen sollen oder nicht. Auch muß der Regierung daran liegen, daß in Rheinland und Westfalen überall eine genaue Kenntnis hergestellt werde, wie die Provinzen sich der Regierung gegenüber befinden, denn es wird auch Sache dieser Provinzen sein, um ihrerseits manches für die Provinzialordnung Wünschenswerthe zu erlangen, die nötigen Schritte dazu zu versuchen. Ich habe zu wiederholten Malen die Erklärung, welche der Herr Minister des Innern im Hause abgegeben hat, geprägt und muß sagen, ich bin nicht ganz ins Klare darüber gekommen, wo eigentlich die Widerstände liegen, die er auf seinem Wege findet. Ich sehe nicht ein, warum er, wenn es allgemeine politische Gründe sind, diese verhebt, oder wenn es bloß Fragen der Technik sind, warum sie nicht einfach ausgesprochen werden. In einer so wichtigen Angelegenheit ist es nothwendig, daß die Stellung der Regierung vollkommen klar gestellt werde. (Sehr richtig.)

Wir haben in der Debatte am 10. und 11. Februar zwei ganz verschiedene Formen der Discussion erlebt. Der Herr Minister hat damals mit einer gewissen anglistischen Sorge auf die verhältnismäßig großen Aufgaben hingewiesen, welche diesem Hause im Laufe der Session bevorstanden, und es als eine Unmöglichkeit hingestellt, auch noch diese neue Aufgabe zu erfüllen. Ich glaube, er wird dem Hause das Zeugnis großer Arbeitsamkeit nicht ver-

wiegen. Wir sind in diesem Augenblick wohl weiter, als selbst eine kühne Hoffnung im Anfang der Session erwarten konnte. Der Finanzminister wird dem Hause bezeugen, daß nie mit größerer Intensität und Schnelligkeit der Staat durchberaten worden ist. Daß das Haus im Stande gewesen wäre, neben einer solchen Arbeit auch noch die Provinzialordnung für Rheinland und Westfalen zu erledigen, ist meine persönliche Überzeugung. Ob der Minister in der That bei der besonderen Berathung in seinem Ministerium auf so große Schwierigkeiten gestoßen ist, vermöge ich nicht zu beurtheilen, aber nachdem ich mich erst in diesen Tagen in den Provinzen bewegt habe, in welchen die Frage der klerikalischen Macht und kommunalen Selbstständigkeit in hohem Maße ins Gewicht fällt, so muß es als eine der weitesten Maßregeln erscheinen, daß die Regierung möglichst schnell die Sache fördert. Nun wird der Minister ersehen, daß vor möglichst bestreiten fragen, auch auf die Eventualität, auf die nächste Session vorzutreten zu werden, unser Anfrage stellen. Wir wünschen nur eine definitive Erklärung, eine Erklärung, welche einigermaßen mit den Erklärungen des Ministers in früherer Zeit in Einklang steht.

Es fragt sich, hat der Minister dieselben Ansichten noch, soll in einer bestimmten Zeitfolge vorgegangen werden oder vertagt die Regierung diese Frage auf ungewisse Zeit? Sprechen allgemeine politische Gründe gegen die Erledigung der Angelegenheit, so ist überhaupt nicht abzusehen, wann eine solche Gesetzgebung eintreten kann, denn die Situation derjenigen Provinzen, in denen die Frage der katholischen Kirche einen wesentlichen Einfluß auf die Gemüther ausübt, wird sich nicht in der nächsten Session, auch nicht in der nächstfolgenden ändern. Sind es nicht allgemeine politische Gründe, so muß die Regierung einen bestimmten Entschluß haben, eine Organisation zu funden, die die Sicherheit schafft, ohne welche es eine gewöhnliche Gemeindeleben und eine wirkliche Entlastung der Regierung von ihr unbedeckten Geschäften nicht möglich ist. Der Minister möge daher in unserer Anfrage nicht den Ausdruck einer gegen das Ministerium gerichteten Opposition, sondern die Absicht erkennen, uns vollkommene Gewissheit über die Absichten der Regierung zu verschaffen, weil wir es für eine patriotische Pflicht halten, die Regierung, sobald an uns ist, zu drängen, die Angelegenheit zum Abschluß zu bringen, und weil wir der Meinung sind, daß, wenn die Regierung unüberwindliche Schwierigkeiten in dieser Saison findet, alle Anstrengungen davon gerichtet werden müssen, die nächste Session nicht vorübergehen zu lassen, ohne nach Westen hin einen Anschluß an die Organisation des Ostens zu finden und die Gemeinsamkeit der Interessen, wie sie unweিকselbar besteht, auch äußerlich zum Ausdruck zu bringen.

Minister des Innern Graf zu Culemburg: Die politische und kommunale Notwendigkeit, die Organisation auch auf westlichen Provinzen auszudehnen, ist der Regierung auch ganz klar, und ein jedes Wort, das von dem Ministerial in dieser Beziehung gefallen ist, deutet darauf hin, daß die Regierung sich nicht blos der Notwendigkeit bewußt ist, sondern auch den bestimmten Willen hat, derjenigen Rechnung zu tragen. Einiges ganz anderes ist die Frage der Ausführbarkeit; ob die Umstände, ob der Geschäftsrang, ob die Unterschiede zwischen der absoluten Notwendigkeit und der des Augenblicks vielleicht für eine kurze Zeit einen Aufschub verlangt, ob diese zwinge nach und nach vorzugehen, oder ob es besser ist, die ganze Masse der Arbeiten auf einmal vorzunehmen auf die Gefahr hin, das Zustandekommen des Einzelnen in Frage zu stellen, liegt auf einem andern Felde. Die Regierung steht auf dem Standpunkt, auf dem sie stand, als ich am 11. Februar die Ehre hatte, hier im Hause zu bitten, mir möge die Resolution nicht annehmen. Ich will vor allen Dingen bemerken, die Interpellation ist eine Interpellation an die Staatsregierung, der Interpellant interpelliert heute immer mich, ich werde wohl das Recht haben, in Namen der Staatsregierung zu sprechen. Auf die erste Frage, ob dem Landtag noch in dieser Session ein Entwurf vorgelegt werden wird, muß ich mit Nein antworten, wir sind nicht im Stande, es zu thun, und auf die zweite Frage, ob die Staatsregierung ihn in der nächsten Session einzubringen beabsichtigt, muß ich antworten, daß ein Entschluß der Regierung darüber nicht gefaßt worden ist, bisher nicht gefaßt werden konnte, sondern erst dann gefaßt werden wird, wenn sich überleben lädt, wie viel von den auf diesem Gebiet vorgelegten Gesetzen im Laufe dieser Session erledigt werden wird.

Damit ist die Interpellation erledigt, ohne daß der Wunsch geäußert wird, über den Gegenstand derselben in weitere Verhandlung einzutreten. Sodann wird die Allgemeine Rechnung über den Staatshaushalt des Jahres 1872 nebst den dazu gehörigen Anlagen, einem Vorbericht und den Bemerkungen der Oberrechnungskammer, sowie die Rechnung über die Fonds des ehemaligen Staatssekretärs für dasselbe Jahr in erster Berathung ohne Discussion auf die Abrechnung des Commissarius verweisen und in die erste und zweite Berathung des Gesetz-Entwurfs, betreffend die Ausführung des Reichsimpfgesetzes vom 8. April 1874, eingetreten. In der ersten Berathung, die einen allgemeinen Charakter hat, erhält der Abgeordnete Schmidt (Sagan) das Wort: Das Herrenhaus hat die Regierungs-Vorlage insofern verbessert, als es die Bestimmung hineingebracht hat, daß die Kreise die Impfbezirke bilden und die Impfärzte anstellen, während die Regierungs-Vorlage den Kreisen nur die Kosten auferlegt, ohne ihnen Rechte einzuräumen. Das Herrenhaus hat aber auch die Regierungs-Vorlage verschlechtert. Nach dieser waren die von den Kreisen zu beschaffenden Kosten eine Staatsprästation, der Staat hätte die Vertheilung dieser Kosten nach bestem Wissen und Gewissen vorzunehmen; nach der Änderung des Herrenhauses soll die Vertheilung durch die Kreise nach den direkten Staatssteuern erfolgen. Das einzige Geredete ist aber nur die Vertheilung nach der Seelenzahl, denn von den Maßregeln des Impfgesetzes haben alle Menschen den gleichen Vortheil. Ich überlasse es Ihnen, ob Sie dieses Bedenken für erheblich genug halten, um den Gesetz-Entwurf noch einmal an eine Commission zu verweisen.

Avg. Mühlendick beantragt, daß Alinea 2 zu streichen, während die Abg. Prinz Hohenlohe und v. Donat diesem Abg. folgende Fassung geben wollen: „Liegen indeß in einzelnen Fällen Umstände vor, welche eine Änderung der Sätze geboten erscheinen lassen, so kann die Auseinandersetzungsbörde die Pauschäfte zu 1 und 2 des § 2 bis auf den anderthalbfachen Betrag erhöhen oder bis auf den vierfachen Theil ermäßigen, die Pauschäfte zu 3 des § 2 dagegen für das Hectar bis auf 27 Mark erhöhen, oder bis auf 3 Mark ermäßigen.“

Avg. Mühlendick beantragt, daß Alinea 2 zu streichen, während die Abg. Prinz Hohenlohe und v. Donat diesem Abg. folgende Fassung geben wollen: „Liegen indeß in einzelnen Fällen Umstände vor, welche eine Änderung der Sätze geboten erscheinen lassen, so kann die Auseinandersetzungsbörde die Pauschäfte zu 1 und 2 des § 2 bis auf den vierfachen Theil ermäßigen, die Pauschäfte zu 3 des § 2 dagegen für das Hectar bis auf 3 Mark ermäßigen.“

Die Debatte wird lediglich von der geringen Anzahl der sachverständigen Mitglieder des Hauses und unter ausführlicher Erörterung zahlreicher technischer Details, die von keinem allgemeinen Interesse sind, geführt. Außer den Antragstellern Mühlendick und Prinz Hohenlohe beteiligen sich daran der Abg. Schellwitz, der Minister der Landwirtschaft Dr. Friedenthal und der Regierungs-Commissar Geheimrat Röttger, welche sich besonders gegen die Mühlendickschen Anträge aussprechen. Letztere werden teils zurückgezogen, teils abgelehnt, und § 2 unverändert, § 3 dagegen mit dem Amendment Prinz Hohenlohe angenommen.

Die §§ 4—7 werden ohne Discussion unverändert genehmigt.

Der zweite Abschnitt des Gesetzes (§§ 8—14) handelt von den Befolgun-

gen und Remuneracionen der bei den Auseinandersetzungssachen beschäftigten Beamten als Specialcommissarien, Vermessungsbeamte, Schiedsrichter, Sachverständigen u. c.

Abg. Kiepert beantragt im Versorg seiner schon in der ersten Lesung

ausgeprochenen Ansicht, daß die Feldmeister zu schlecht bezahlt seien, im § 14 die Feld- und Reisezulage derselben von 4,50 auf 6 M. resp. für mehrjährige Abwesenheit von 6 auf 7 M. zu erhöhen. Nachdem sich der Regierungs-

Commissar Geheimer Rath Röttger dagegen erklärt, wird das Amendement abgelehnt.

Der dritte Abschnitt (§§ 15—17) enthält allgemeine und Uebergangsbestimmmungen. Im § 16 ist unter Nr 3 bestimmt: daß für bereits anhängige Processe bei Erhebung der Pauschäfte für die noch nicht beendigte erste und zweite Instanz die bereits gezahlten Kosten angerechnet werden sollen.

Abg. Mühlendick beantragt: Bezüglich der bereits anhängigen Processe

findet die Erhebung von Pauschäften für die noch laufende I. oder II. Instanz nicht statt.

Der Antrag wird aber, nachdem ein Commissarius der Staatsregierung denselben als unpraktisch bezeichnet, abgelehnt. Im Uebrigen werden die Paragraphen ohne Debatte genehmigt.

Schl. 4½ Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 10 Uhr. (Dritte Berathung des Gesetz-Entwurfs, betreffend die Einstellung der Leistungen aus Staatsmitteln für die römisch-katholischen Bischofsämter und Geistlichen.)

Berlin, 5. April. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat die bisherigen außerordentlichen Professoren Dr. August Hofius und Dr. Theodor Nitche in Münster, Dr. Paul Gustav Heinrich Bachmann in Breslau und Dr. Hermann Schäfer in Jena zu ordentlichen Professoren in der philosophischen Fakultät der akademischen Lehramtsanstalt zu Münster und der Regierungs-Schulrat Dr. Friedenthal und der Regierungs-Commissar Geheimer Rath Röttger dagegen erklärt, wird das Amendement abgelehnt.

Der Regierungs-Schulrat Dr. Breuer ist der Königlichen Regierung in Münster überwiesen worden. Die bisherigen Privatdozenten Dr. Joseph Nordhoff in Münster und Dr. Franz v. Sivers in Jena sind zu außerordentlichen Professoren in der philosophischen Fakultät der akademischen Lehramtsanstalt zu Münster ernannt worden. Am evangelischen Schullehrer-Seminar zu Elsterwerda ist der Lehrer Einicke von der Privat-Präparandenanstalt derselbst als ordentlicher Lehrer angestellt worden. Der Lehrer Carl Offe ist bei dem Seminar zu Mettmann als Hülfslehrer angestellt worden.

Der Königliche Bauinspektor Friedrich Germer zu Breslau ist in gleicher Eigenschaft nach Berlin versetzt und denselben die zweite Baubeamtstellen für den Kreis Nieder-Barnim verliehen worden. Der bisherige Bauinspektor Ferdinand Schönholz zu Reichenbach i. Schl. ist zum Königlichen Landbaumeister ernannt und denselben die technische Hülfsarbeiterstelle bei der Königlichen Regierung zu Bromberg verliehen worden. Der bisherige Baumeister Barnabas zu Dillenburg ist als Königlicher Kreisbaumeister derselbst angestellt worden.

Dem Fabrikbesitzer Felix Loepke zu Schönebeck ist unter dem 31. März 1875 ein Patent auf eine Knopfösehrbank auf drei Jahre erteilt worden.

Dem Ober-Ingenieur W. Claus zu Braunsdorf ist unter dem 30. März 1875 ein Patent auf eine universelle Schiebedüne auf drei Jahre erteilt worden.

worben. — Dem Ober-Ingenieur W. Claus zu Braunschweig und dem Civil-Ingenieur John Sazby zu London ist unter dem 31. März 1875 ein Patent auf einen Hebelapparat für Weichen- und Signalsstellung bei Eisenbahnen auf drei Jahre ertheilt worden. — Dem Siegeli-Ingenieur Otto Bock zu Braunschweig ist unter dem 31. März d. J. ein Patent auf eine kanalartige kontinuirliche Trockenvorrichtung für Thonwaren und andere Substanzen auf drei Jahre ertheilt worden.

Berlin, 5. April. [Se. Majestät der Kaiser und König] empfingen im Laufe des gestrigen Tages den Präsidenten des Ober-Appellationsgerichts zu Wiesbaden Hermann und den Director der Sternwarte zu Athen, Dr. Schmidt. Um 1½ Uhr begaben Allerhöchsteselben sich mit Ihrer Majestät der Kaiserin-Königin und Ihrer königlichen Hoheit der Großherzogin von Baden nach Charlottenburg zum Besuch und eingehender Besichtigung der Königin Augustastiftung.

Heute nahmen Se. Majestät den Vortrag des Geheimen Cabinets-Raths von Wilhelmsk entgegen und empfingen den Prinzen Kraft zu Hohenlohe-Ingelfingen, General-Adjutanten und Commandeur der 12. Division, sowie den General-Adjutanten und Botschafter in Wien, Herrn von Schweinitz, in Abschiedsaudienz vor dessen Rückreise auf seinen Posten. Der Reichskanzler Fürst von Bismarck hielt Sr. Majestät Vortrag.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] wohnte gestern mit Ihrer königlichen Hoheit der Großherzogin von Baden dem Gottesdienste in der Garnisonkirche bei. Beide kaiserliche Majestäten besichtigten die Kaiserin Augustastiftung in Charlottenburg. — Das Familiendiner fand bei Sr. königlichen Hoheit dem Prinzen Carl statt. Abends war Ihre Majestät die Kaiserin-Königin mit Ihrer königlichen Hoheit der Großherzogin von Baden in der Generalversammlung des Magdalenenvereins anwesen.

[Se. Kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz] begab sich am Sonnabend mit dem kaiserlichen Botschafter in Wien, General von Schweinitz, zur Jagd nach Spandau und kehrte Nachmittags von dort zurück.

Gestern Vormittags wohnte Se. Kaiserl. und königl. Hoheit dem Gottesdienst in der Garnisonkirche bei. Nachmittags 5 Uhr nahmen die kronprinzipialen Herrschäften an dem Familiendiner bei Sr. königl. Hoheit dem Prinzen Carl Theil. (Reichs-Anz.)

○ Berlin, 5. April. [Bismarck. — Dementi. — Carlistische Sammlungen. — Stellvertreter für Wiese.] In auswärtige Blätter ist auf telegraphischem Wege schon vor einigen Tagen die Nachricht gelangt, daß Fürst Bismarck im Begriff stehe, sofort seinen Urlaub auf längere Zeit und bis zur nächsten Reichstagsession anzutreten. So viel man aus der Umgebung des Fürsten erfährt, liegt es allerdings in seiner Absicht, baldigt aufs Land zu gehen. Aller Wahrscheinlichkeit nach aber handelt es sich zunächst nur um eine Abwesenheit von einigen Wochen. — Am Sonnabend hat, wie schon anderweitig gemeldet worden, unter dem Vorsitz des Ministers Bismarck eine Sitzung des Staats-Ministeriums stattgefunden. Wie man hört, hat es sich in derselben um die Stellung der Regierung zu den Landtags-Verhandlungen gehandelt. Es ist anzunehmen, daß auch die heutige Antwort des Ministers des Innern auf die Birkow'sche Interpellation Gegenstand der Berathung gewesen ist. — Die ultramontanen Blätter arbeiten gegenwärtig wieder einmal allerlei Nachrichten über Kriegsbefreiungen. Zur Unterstützung dieser Allarmnachrichten wird auch darauf hingewiesen, daß jüngst die militärischen Attaches der diplomatischen Missionen im Auslande gleichzeitig in Berlin anwesend waren. Das erklärt sich aber einfach daraus, daß diese Attaches sämtlich Flageladjudantaten des Kaisers sind und daß sie nach feststehendem Brauch sich jährlich zur Gratulation am Geburtstage des Kaisers hier einfinden. — Nach zuverlässigen Nachrichten werden nicht nur in Bayern, sondern auch in Westfalen und am Rhein Sammlungen für die Carlisten veranstaltet und zugleich zu diesem Zwecke Anleihecheine in Umlauf gesetzt. Auch die höheren Gesellschaftskreise sollen sich daran beteiligen und die Subscription bis Ende Februar mehr als eine Million Francs eingebracht haben. Die diesseitigen Behörden werden nicht versehnen, ihre Aufmerksamkeit auf diese Agitation zu richten, und, wenn die Bestimmungen des deutschen Strafrechts verletzt werden, unanfechtbar einschreiten. Es wird sich aber fragen, ob der bezügliche Artikel des deutschen Strafgesetzbuches, welcher von feindlichen Handlungen gegen befreundete Mächte handelt, zur Anwendung zu bringen ist, oder ob der Vorgang unter die Rubrik des Betruges fällt, da auch mancherlei betrügerische Mittel angewendet werden, um solche vermeintliche Antheilscheine als creditwürdige Staatsanleihe unter das größte Publikum zu bringen. — Der Regierungsrath Beyer aus Esslingen ist in das landwirtschaftliche Ministerium berufen worden. — An Stelle des aus dem Cultusministerium ausscheidenden Geh. Oberregierungsraths Wiese hatte man auch die Candidatur des Gymnasialdirectors Wendt in Karlsruhe in Aussicht genommen. Derselbe war zum Zweck einer näheren Besprechung hierher berufen worden, doch scheint diese Candidatur jetzt wieder aufgegeben worden zu sein; gegenwärtig nimmt man an, daß auf einen hiesigen Schulmann reflectirt wird.

H. T.-B. [Die Besprechungen], welche der Reichskanzler nach einander mit den Botschaftern aus Paris, London und Wien hier gehabt hat, haben, wie aus guter Quelle verlautet, Instructionen über die Haltung zur Stellung des Papstes zum Zweck gehabt, und über Maßregeln, wie einem etwaigen Einflusse Frankreichs auf Italien am wirksamsten zu begegnen sei.

Ö sterreich.

** Wien, 4. April. [Zur Kaiserreise. — Erledigte Landtags- und Reichsrathsmärsche.] Es ist nicht nur der Fall mit dem Bischof von Breslau, der Österreich daran mahnt, daß die Zeit vorüber ist oder doch dem Ende naht, in der es eine bequeme Neutralität immitten des großen Culturkampfes bewahren könnte. Diese Episode ist nur ein vereinzeltes Symptom: doch deuten auch noch andere und wichtigere Anzeichen darauf hin, daß die Stunde geschlagen hat, wo es auch für uns heißen wird, in Reih und Glied zu treten. Wohl kann ich keine Garantie dafür bieten, aber es mehrten sich die Nachrichten, daß Fürst Bismarck ernstlich darauf versucht hat, Österreich für seinen Plan zu gewinnen, demzufolge die Beherrschter katholischer und paritätischer Staaten sich vereinen sollen, um die Übergriffe des Ultramontanismus in die gebührenden Schranken zu weisen. Es scheint, man will wenigstens versuchen, ob sich nicht ein Friede mit Rom zu Stande bringen läßt, ehe die neue Papstwahl vielleicht in ähnlicher Weise die Welt in Flammen steckt, wie es vor fünf Jahren das Unfehlbarkeitsdogma gethan — ein Friede, natürlich nicht wie ihn der Vatican in seinem Übermuth gefordert, sondern wie die Ligue der Staaten geeignet wäre, ihn durch einen sanften Druck herbeizuführen. Die Sache macht den Eindruck, daß die Regierungen sich nicht wieder, wie bei dem vaticaniischen Concil, dem Vormarsch aussezten wollen, sich einer Überrumpfung ausgesetzt zu haben, weil sie ein rechtzeitiges Eingreifen verhüten. Kurz, wie der rothen „Internationale“ — so will man auch dem geweihten Petroleum der schwarzen Internationale eine polizeiliche Collectiv-Überwachung entgegenstellen. Mit welchem Erfolge? muß die Zukunft lehren — aber das etwas vorgeht, ist gewiß, und nicht minder sicher ist, daß dies etwas mit der Reise Franz

Josephs I. nach Italien zusammenhängt. Graf Andrassy, so sagt man, ist auf den Wunsch des Fürsten Bismarck eingegangen, und unser Kaiser wäre nicht abgeneigt, selbstverständlich innerhalb gewisser Grenzen, in dem Sinne auf Victor Emanuel in Venetia einzutwirken, daß — wie schon Baron Keudell im Quotidiano angeregt hat — das Garantiegesetz im Hinblick auf die nächste Papstwahl eine europäische Declaratio erhalten muß, wenn nicht der Friede unseres Welttheils und Italiens eigene Zukunft sehr ernsten Gefahren ausgesetzt sein soll. — Der niederösterreichische Großgrundbesitz hatte gestern eine Wahl in den Landtag zu vollziehen. Der liberale Graf Spiegel ward von seinen Standesgenossen perhorrescirt, weil er schon ein Mandat für den Reichsrath hat. Gewählt wurde mit großer Majorität Graf Hoyos-Sprinzenstein, jedensfalls ein Starrconservativer, der übrigens bisher auch immer für einen Feudal-Clericalen galt. Es scheint indessen formell zur Verfassungspartei übergetreten zu sein, da die Feudal-Minorität ihm den Führer ihrer eigenen Partei, den Grafen Falkenhayn entgegenstellte. Oder war das nur eine Finte, über die Liberalen sich zu machen? Sehr geheuer ist die Wahl keinesfalls; machte doch ein Chef der Feudalen den Verfassungstreuen sogar einen Vorwurf daraus, daß sie durch Proklamirung der Candidatur des Grafen Hoyos diesen bei seinen Parteigenossen compromittieren! Zwei sehr tüchtige Oberösterreicher, Edelbucher und Göllerich, legen ihr Reichsrathsmandat nieder. Letzterer ist in Wels Gemeindesecretär, und da der Bürgermeister Groß gleichfalls im Abgeordnetenhaus sitzt, verlangt die Stadt, daß einer von beiden auf seinen Posten zurückkehrt. Groß aber, der Gründer der gekräfte Linzer Commercialbank, ist der Meinung, daß er in dem Parlamente nicht zu entbehren sei.

Wien, 5. April. [Die „Montagrevue“] enthält einen längeren Artikel über die Zusammenkunft des Kaisers Franz Josef und des Königs Victor Emanuel, in welchem es unter Anderem heißt: Die früheren universalen, an den einstigen Besitz der deutschen Kaiserkrone geknüpften Tendenzen Österreichs sind der Einkehr in das eigene Staatsleben und der ruhigen Pflege der inneren Interessen gewichen. Kein Staatsmann Österreichs hat mehr daran denken können, die großen an die Monarchie auf dem Gebiete ihrer staatlichen Reconstruction herangetretenen Aufgaben noch mit der Aufrechterhaltung oder Wiedergewinnung der alten historischen Machtstellung in Deutschland und Italien zu belasten. Die Consequenzen des Prager Friedens und der von Preußen mit den süddeutschen Staaten abgeschlossenen Schutz- und Truhlandschaften haben sich ohne den Einspruch Österreichs erfüllt. Ohne Scheu und ja mit einer Größe der Empfindung, die selbst den Gegnern Achtung abgerungen, hat es die Herstellung des deutschen Reichs und die nationale Einigung Italiens begrüßt. Das Hindernis über die September-Convention und der Erwerb Roms als Hauptstadt haben die alten Traditionen der Feindschaft zwischen beiden Staaten nicht aufzufrischen vermocht. Ein Verhältniß aufrechtiger Annäherung und engen Zusammengangs mit Russland ist angebahnt und herbeigeführt worden. Das Bündnis der drei Kaiserreiche hat als eine Thatache ersten Ranges in das politische System Europas eingegriffen. Die alten Gegnerhaften erscheinen für immer abgeholt, neue wertvolle Freundschaften sind erworben und die Friedensinteressen finden in der Haltung Österreichs ihre wichtigste Bürgschaft.

Italien.

Rom, 30. März. [Deutschland, Italien und der Papst. — Consistorium.] Das Bemühen des Papstes mit Deutschland, schreibt man der „R. Zeit.“, fängt an, wie ein chemisches Reagensmittel auf Italien zu wirken, ohne daß die Regierung dieses Ergebnis gewünscht oder gesucht hätte. Die vielfachen Verschwendungen und Misshandlungen der Lüge mit der Wahrheit, über die bisher Scepter und Krummstab jeder in seiner Weise verfügte, müssen sich während dieses Prozesses zusammenfügen, um künftig ihre geistige Angehörigkeit zu behaupten. Auch die Italiener fangen einzusehen an, daß sich jetzt entscheiden soll, auf welcher Seite die geistige Freiheit und die echte Verehrung der Geschichte ihre aufrichtigen und unerschrockenen Verbündeten zu finden hat. Daher dürfen wir uns nicht wundern, wenn die Blätter des Vaticans all ihre Redegabe und Redekraft für ihre Sache aufzuzeigen. Die deutsche Politik habe heute nur noch diese eine Arbeit, die italienische Regierung durch eine geschickte Pression in der Kirchenpolitik sich zur Verbündeten zu machen. Es wäre freilich der Sache nach gleich, ob eine offizielle Note oder eine vertrauliche Mitteilung dazu bestellt würde; diese aber, so schmeichelhaft sich auch die Presse der Gesellschaft für die katholischen Interessen, liege nicht vor, obgleich sie schon vor Wochen das Gegenteil wußte. Die Rathgeber der verschiedensten Farben, welche die Regierung vor einer Feindschaft mit Deutschland um jeden Preis schützen möchten, kommen insgesamt darin überein, daß eine Veränderung des Garantien-Gesetzes zu jeder Zeit und wo immer auf dem Boden des Rechts erfolgen werde; denn es sei nichts weiter als ein augenblickliche Bedürfnisse gemachter Befriedigungs-Versuch, der durch einen andern ersetzt werden könnte, wenn es der Drang der Umstände erfordere. Doch eine Abänderung der Garantien werde ohne die gründliche und rücksichtlose Anwendung des internationalen Rechts auf den Papst nie zu dem gewünschten Ziele gelangen. Der Papst, von der italienischen Regierung für souverän erklärt, darf darin künftig kein Mandat sehen, alle Welt außerhalb des Vaticans für vogelfrei zu erklären. Dies kann am wenigsten der Wille der italienischen Regierung sein, und deshalb wird sie den gemeinsamen Beschlüssen über die diesfallsige Competenz des Papstes, zumal über sein politisches Bungenrecht, von allen am wenigsten sich widersetzen. Es entscheidet also ein europäischer Kongress, das ist die öffentliche Meinung. — Der Papst wird morgen ausnahmsweise an einem Mittwoch ein geheimes Consistorium halten, um die neuen Cardinale einzuführen. Außerdem will er vier Bischöfe präconisieren: Bischof von Agnani Msgr. Domenico Pietromarchi, Bischof von Patara in partibus Msgr. Angelo-Bersani-Dossena, Bischof von Samaria in partibus Msgr. Giacomo Corna-Pellegrini, Bischof von Ptolemais in partibus Msgr. Leonardo Cassiano Peretti.

Rom, 1. April. [Parlamentarisches. — Zum Unterrichtswesen.] Die „Gazzetta Ufficiale“ enthält die Mitteilung, daß der Senat auf den 12. April wieder einberufen ist, um die Verabschaffung des Strafgesetzbuches fortzusetzen. — Der Ober-Schulrat hat die Frage, ob Personen, welche mit Diplomen fremder Universitäten versehen sind, auch die akademischen Grade an italienischen Universitäten bewilligt werden können, gestern dahin entschieden, daß diese Verabschaffung ausnahmsweise denen zugestanden werden könne, welche Diplome der angesehensten fremden Universitäten besitzen.

[Kirchliches.] Mehrere Cardinale haben gegenüber rechtsfertigen Erklärungen der Beauftragten des Erzbischofs von Santiago und der drei chilenischen Bischöfe die Haltung dieser geistlichen Würdenträger zur Regierung der Republik unumwunden getadelt. Außerdem kommt Folgendes zu unserer Kenntnis: In einer Audienz, welche diesen Bevollmächtigten zu Theil geworden, hat der Papst das Verfahren dieser Bischöfe und besonders des Erzbischofs von Santiago als „leichtfertig“ bezeichnet. Als die Abgesandten darauf von der „Verfolgung der katholischen Kirche in Chile“ sprachen, erwiderte der Papst, man möge ihm Thatsachen nachweisen, damit er beurtheilen

könne, worin die „Verfolgung“ bestände oder ob sie überhaupt stattfände. Der Ausdruck „leichtfertig“, dessen sich der Papst bediente, soll sich speziell auf den Hirtenbrief der vier geistlichen Herren bezogen haben, worin dieselben den Präsidenten der Republik, seine Minister, so wie andere hohe Beamte, Mitglieder des Senates und alle Abgeordneten, die für jene dem Clerus mißliebigen Gesetze bestimmt, mit der großen Excommunication bedrohen.

[Gegen die Phylloxera.] Da die Phylloxera in den Weinbergen des Departements Nizza aufgetreten ist, so hat der Minister für Handel, Gewerbe und Ackerbau den Director der ökologischen Station in Asti beauftragt, die Weinberge der Provinzen Portofino und Genua zu untersuchen und ihm darüber Bericht zu erstatten.

Frankreich.

Paris, 3. April. [Ein ultramontanes Geständniß.] Die clericalen Blätter Belgien haben, als zuerst von der „Mittheilung“, welche die deutsche Regierung an die belgische gerichtet hat, die Rede war, gelegent, daß in Belgien Sammlungen Statt gefunden hätten, welche dazu dienten, die deutschen Ultramontanen in ihrem Widerstand gegen die Staatsgewalt zu unterstützen; nur die Peterspfennige, die wohlbekannten, seien gesammelt worden. Eine eigenthümliche Beleuchtung erhält diese Behauptung durch einen Artikel der „Semaine Religieuse“, eines gleichfalls ultramontanen Blattes: „Ah,“ schreibt dasselbe, indem es vom Peterspfennige spricht, „man vergesse nicht, daß die freiwilligen Gaben der Gläubigen allein das Budget der Kirche bilden, daß sie allein den Schatz Pius IX. nähren, und daß dieser der Schatz des Apostolats und der allgemeinen christlichen Liebe ist! Wie viele Kirchen und Gemeinden in Italien, in Deutschland und in der Schweiz, denen man ihre weltlichen Reichtümer geraubt hat, leben heute nur noch vom Edelmetalle Pius IX.!“ Da plaudert also die „Semaine“ ganz naiv aus, wozu die Peterspfennige dienen: die „beraubten“ Bischöfe in Italien, Deutschland und der Schweiz zu unterstützen. Und dann erklären die frommen Blätter in Belgien und anderswo, es seien keine Sammlungen für die deutschen Widerspenstigen veranstaltet worden, sondern „nur solche für den Peterspfennig“!

Bei der Rechtsfacultät zu Rennes hat vor Kurzem ein junger Mann zum Zwecke der Promotion eine These über die Rechtslage der Geisteskranken eingereicht und in dieser These Ansichten über den Irren entwickelt, welche einem der Professoren religiöslos und materialistisch erschienen. Der Professor enthielt sich im Gramen jeder Frage an den Candidaten und gab ihm einfach eine schwarze Kugel als Zeichen des Durchfallenlassens. Er erklärt jetzt öffentlich in der Zeitung von Rennes, daß er die Verantwortlichkeit für seine Handlung vollkommen übernehme; der Materialismus nehme der Gesetzgebung jede Basis, und er habe den Candidaten wegen seiner materialistischen Ansichten über die Geisteskrankheit durchfallen lassen. Das „Univers“ überschlägt den Mann natürlich mit Weihrauch; den republikanischen Blättern scheint jedoch bei solchen Symptomen etwas bange zu werden. Die „République Française“ wendet sich heute gegen die „Union“, welche noch immer behauptet, nur das Königthum der Chambordisten könne Frankreich seine äußere Stellung und Sicherheit wiedergeben. „Die „Union“, sagt Gambetta's Blatt, „weiß eben so wohl wie wir, daß das öffentliche Recht Europas keinen Grund hat, die Republik in Frankreich zu fürchten. Im Gegenteil, die Thatsache der Republik gibt ihm eine Bürgschaft gegen gewisse Ansprüche, die ihm so unbequem sind, daß es seit entschlossen ist, jede Berührung mit ihnen zu vermeiden. Die „Union“ soll nur nicht immer von ihren 1200 Jahren royalistischer Geschichte sprechen; sie datiert aus der Zeit, wo das Königthum sich vom Ultramontanismus hat ins Schlepptau nehmen lassen. Wir sind nicht naiv genug, um zu glauben, daß alle Monarchen Europas die Proclamation der Republik in Frankreich mit Begeisterung aufnehmen; aber wir sind fest überzeugt, daß Ledermann unser Land lieber sich selbst zurückgegeben, als der clericalen Sippe auf Gnade und Ungnade überlieferet sieht.“

Großbritannien.

London, 31. März. [Die Home-Ruler und die Fenier.] Der Tod Mitchells, schreibt man der „N. Z.“, bestreite ohne Zweifel die irische Home-Rule-Partei von einer großen Verlegenheit. Die Wahl dieses Unversöhnlichen, der immer nur die Loslösung von England, und zwar mit jedwedem Mittel, predigte, drohte nämlich das künftlich geleimte Bündnis zwischen vorsichtigen Home-Rulern und secessionistischen Fenier in gänzlich zu sprengen. Schon jetzt ist die irische Partei im Unterhause in sich gespalten, obwohl man den Risiko nach Außen hin verkleistert hat. Die Vorgänge in Tipperary aber waren ganz darnach angelhan, die Verfeindung zwischen den beiden Brüderhainen der Partei offenkundig werden zu lassen. Streitig von Natur, bringen die Fen in einander in ein paar Minuten einen Bank auf Leben und Tod fertig. Diese ihre Eigenschaft hat es der englischen Regierung oft ermöglicht, die scheintbar schwierigste Lage in Irland rasch zu überwinden. Wie wenig übrigens Mitchell ein Freiheitsmann war, ergiebt sich schon aus dem einen Umstande, daß er nebst seinen Söhnen während des Unionkampfes auf Seiten der Selvenhalter stand. Viele Jahre vorher hatte er öffentlich gesagt, es wäre ihm „nichts lieber, als eine Farm mit einer Anzahl fetter wolliger Neger zu erhalten!“ Solche Führer der irischen Unabhängigkeit, im Verein mit den Ultramontanen, denen die Massen des unwissenden Volkes in Irland anhängt, würden die Insel zu einer Zwingburg politischer und klerikal Reaktion machen.

Können die Taktiker der Home-Rule-Partei sich über Mitchells Tod sehr wohl trösten, so ist dagegen das unmittelbar darauf erfolgte Ableben John Martin's ein wirklicher Verlust für sie. Martin war wie Mitchell vor Jahren in die Smith O'Brien'sche Aufstandsbewegung verstoßen gewesen, ging aber in letzter Zeit mit der Partei, welche entweder die völlige Aufhebung der Union (Repeal), also die bloße Personalunion, erstrebt, oder wenigstens eine dem Reichsparlament untergeordnete besondere Landesvertretung Irlands (Home Rule) zu erringen sucht. Als einer der wenigen Protestanten, welche mit den Home-Rulern in's Feld zogen, war Martin für diese letzteren ganz besonders verwertbar. Er diente ihnen manchmal als nützlicher Anknüpfungspunkt, namentlich, um Anhänger in Ulster zu werben. Auch deckte man sich gelegentlich mit seinem Namen gegenüber englischen Angriffen. Es bleibt darum doch wahr, und ich kann dies auf Grund genauerer Erkundigungen bestätigen, daß sowohl in der Home-Rule- und Repeal-Partei, wie unter den Fenier, der ultramontane Einfluß äußerst häufig ist. Man leugnet dies gewöhnlich für die Fenier; und ich will nicht bestreiten, daß es unter den amerikanischen Führern dieser Partei eine Anzahl gibt, welche der römisch-katholischen Geschäftlichkeit abgeneigt sind. Aber ebenso bestimmt bin ich im Stande, zu versichern, daß seit vielen Jahren auch Fenier-Gruppen auf's Engste mit geheimen geistlichen Drahtziehern zusammenhängen. Der Fenier-Bund selbst ist aus dem vorhergegangenen Phoenix-Bunde erwachsen, dessen erste Leiter Mönche waren, und in welchem, wie mir bekannt, Ende 1858 und Anfangs 1859 bonapartistische Sendlinge große Thätigkeit entfalteten, um England im Hinblick auf den kommenden italienischen Krieg zu beschäftigen.

Provinzial - Zeitung.

Breslau, 5. April. [Beginn der 3. Schwurgerichtsperiode.
Schwere Diebstähle.] Unter Vorsitz des Herrn Stadtgerichts-Rathes Deßmann und mit den Beisitzern Stadtgerichtsrath Göckler und Stadtrichter Holzapfel, Bunge und Beer begann heute das Schwurgericht seine Sitzung mit folgenden drei Verhandlungen wegen schweren Diebstahls.
1) Gegen den Arbeiter Carl Friedr. Seidel und Hugo Simon aus Breslau. Am 23. November v. J. fuhr der Viehhändler August Jersemann aus Kl.-Elguth, Kr. Oels, mit einem durch Bretter verschlagenen und hinten mit einer Thüre versehenen Viehwagen, auf welchem sich fünf Schweine und 5 Kälber befanden, nach Breslau. Die Thür des Wagens bewegte sich auf der einen Seite an eisernen Bändern, an der losen Seite war sie, wie Jersemann angiebt, mit Stricken fest verbunden. Noch am Wirthshaus „zum Weinberg“ vor dem Oderthor habe er sich davon überzeugt, daß die Verschlusshilfsmittel unverschont waren. In der Nähe der 11.000 Jungfrauen-Kirche wurde Jersemann darauf aufmerksam gemacht, daß die Wagentür offen stehe. Die Stricke waren zerschnitten, und aus dem Wagen fehlten 2 Kälber im Werthe von 22 Thalern. Eines derselben wurde bei den beiden Angeklagten vorgefunden, die gerade im Begriff waren, das Kalb zu schlachten. Seidel räumt ein, mit einem Ruck, durch den die Stricke gerissen, den Wagen geöffnet und ein ihm entgegenstehendes Kalb sich angeeignet zu haben; er will von Simon dazu beredet worden sein. Simon bestreitet dies. Seidel habe ihm nur, als sie den Wagen fahren sahen, gesagt: „ich will einmal sehen, was drin ist.“ Jedenfalls hat er sich beim Schlachten mitbeteiligt. — Hierauf hält ihn der erste Staatsanwalt Herr von Rosenberg für den Mithäter.
Die Geschworenen sprachen beide Angeklagte schuldig, indeß den Simon nur des einfachen Diebstahls. Nach dem Antrage der Staats-Anwaltschaft wurde Seidel, ein bereits vielfach bestrafter Dieb, mit 3 Jahren Zuchthaus, 3 Jahren Verlust der bürgerlichen Ehre und Zulässigkeit der Polizeiaufsicht, Simon dagegen mit 6 Monaten Gefängnis bestraft. — 2) Der Klempner Ostar Heinrich Schmidt und der Maler Hugo Grabowski sind des versuchten schweren Diebstahls beschuldigt. In der Nacht vom 3. zum 4. December v. J. wurde Schmidt dabei von dem Nachtwachtmann Aug. Christoph betroffen, wie er den Verkaufssteller der Witwe Klein auf der Sadowastrasse erbrochen hatte und durch die zerbrochene Scheibe nach innen die Eingangsthür aufzuriegeln versuchte. Der Grabowski hielt in der Nähe Wache. Beide räumen ein, daß sie einen Diebstahl an Porcellanwaren dort verüben wollten, indem Schmidt, der bei der Witwe Klein einige Tage gewohnt hatte, mit der Herlichkeit vertraut war. — Der Herr Staatsanwalt beantragt unter Annahme mildernder Umstände 6 und resp. 1 Monat Gefängnis, erkannt wurde auf 4 und resp. 1 Monat.
— 3) Am 21. December v. J. bemerkte der Müller Eduard Geisler, als er des Abends gegen 9½ Uhr nach seiner aus dem Gutshof zu Klein-Woitsdorf belegenen Wohnung ging, ein verdächtiges Geräusch im Viehstalle. Er schloß denselben auf und ging mit einer Laterne hinein. Hier sah er, wie ein Mann sich über die Treppe nach dem Boden zurückzog. Er ging demselben nach und ergriff ihn. Es war der Arbeiter Johann Stannell aus Peterhof, welcher den eigentümlichen Weg durch das Dach genommen hatte, um wie es den Anschein hatte, dem Federvieh einen Besuch abzustatten. Denn die Geflügelställe waren geöffnet, und aus einem derselben bereits eine Gans genommen, die frei umherließ. Auf der Brust des Ertappten fand man aber einen Sac, der noch Spuren von Geflügel, namentlich Federn zeigte, und offenbar zum Transport von Geflügel dienen sollte. Der Angeklagte behauptet, er habe sich lediglich, um dort zu übernachten, in den Stall begaben, weil er kein Dödach gehabt. Unfähiglich läugnete er, daß er durch das Dach eingestiegen sei. Indes seine harmlose Absicht wurde weder von dem Kl. Staatsanwalt, noch selbst von dem Vertheidiger, noch auch von den Geschworenen geglaubt. Die lechteren sprachen ihn schuldig, billigten ihm aber nach dem Antrage des Vertheidigers mildernde Umstände zu. Der erste Staatsanwalt, Herr von Rosenberg beantragt 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und 2 Jahre Ehrverlust. Erkannt wurde nur auf 1 Jahr Gefängnis und Ehrverlust vom gleichen Dauer.

u Dreslau, 6. April. [Feuergefahr.] In dem Nicolaistrasse Nr. 76 befindenen Lagerkeller eines Papiergefäßes gerieten gestern Abend, wahrscheinlich durch Unvorsichtigkeit, Papierabsätze und Lagerstroh in Brand, doch genügten einige Eimer Wasser die Gefahr zu beseitigen.

△ Steinau a. O., 5. April. [Unglücksfall — Straßen- Eisenbahn-Angelegenheit — Hochwasser.] Der im benachbarten Ort Georgendorf ansässige Fuhrwerksbesitzer Flöttert hatte vor ca. 14 Tagen während seiner Heimsaft von Breslau nach Steinau sich durch Beladung der sogenannten Kelle einen unbequemen Sitz bereitet und hatte demzufolge das Unglück, aus der Kelle herab und so ungünstig zu fallen, daß ihm die Räder des schwer beladenen Wagens über Brust und Kopf gingen. Leider ist der Verunglückte an den erlittenen inneren Verlebungen gestorben und wurde gestern beerdigt. Außer der hinterbliebenen Witwe betrauern zwei unterzogene Kinder seinen Tod. Erst im vergangenen Jahre kam der in Winzig ansässig gewesene Fuhrwerksbesitzer Engel in der Nähe von Steinau auf dieselbe Weise ums Leben. — Seit dem 1. dieses Monats sind die Arbeiter auf der direkt nach dem Ring führenden Bahnhofs-Straße wieder aufgenommen worden. Dieselbe wird bis in die Nähe der Kranken-Anstalt verhantet ganz, von da ab bis nach dem Bahnhofe zur Hölste gepflastert, während die andere Hälfte die sogenannte Sommerstraße bleibt. Auch wird die nur noch theilweise fehlende Beplanzung in diesem Monat vorgenommen werden. Der vom Bahnhofsterrain nach den Kohlen-Niederlagen führende Zugang bietet gegenwärtig in der That ein jammervolles Bild, denn nicht selten drohen Pferde und Wagen in dem grundlosen Wege zu versinken. Es dürfte wohl nicht mehr als billig erscheinen, wenn allgemeinen Wunsche insofern Rechnung getragen würde, daß von Seiten der Direction, als Besitzerin dieser Grundstücke, auch für einen ohne Gefahr passibaren Weg gesorgt wird. — Seit mehreren Tagen hatten die von Breslau kommenden Züge bedeutende Verspätung, welche mit dem in Schmiedefeld länger andauernden Aufenthalt zu vereinbaren sein dürfte, welcher durch die Unterbrechung des Verkehrs auf der Rechte-Oder-Eisenbahn herbeigeführt wurde. — In Folge des letzten Regenwetters ist das Wasser in der Oder bedeutend gestiegen und zeigte der Pegel gestern 9 Fuß 7 Zoll Wassers an, während vor circa acht Tagen 5 Fuß 6 Zoll Wasserstand notirt wurden. Der Schiffsverkehr war in diesen Tagen ein ziemlich reger, besonders positierte eine bedeutende Anzahl abwärts schwimmender Kähne diese Brüden.

A. Jauer, 5. April. [Bur Tageschronik] Mit dem gestrigen Tage hat die Gesellschaft des Siegnitzer Stadttheaters hier im „Schützenhause“ einen Cyclus von Vorstellungen eröffnet, deren erste sich eines starken Zuspruches und großer Anerkennung zu erfreuen hatte. — In der hiesigen königlichen Strafanstalt, deren Insassen bis lang ein recht rubiges Leben „in voller Burückgezogenheit“ führten, ist seit einiger Zeit ein rebellischer Geist eingegangen. Diesen brachte ein Trupp Gefangener mit, welche ungefähr vor zwei Monaten aus Köln und Verden nach hier versetzt worden waren. Es zeigte sich damals bald, daß die Leute sich in die hier übliche Hausordnung nicht eignen wollte; die fortwährende Beaufsichtigung, das „Du“ gefiel ihnen nicht in der Rheinprovinz waren sie mit „Sie“ angeredet worden) und öfters zeigten sich Fälle von Renitenz. Zur Unterstützung des schon dejahrigen Directors trug vor 3 Wochen ein Inspector aus Moabit hier ein. Vor einigen Tagen machten nun sechs der Verbrecher in der Nacht einen Fluchtversuch; sie waren durch ein Fenster auf das Dach gelangt und wollten von hier mittelst einer 40—50 Fuß langen Strickleiter zur Erde. Einer der übrigen Gefangenen des Schlaßsaales aber mache Lärm und rief die Wache, so daß die Flüchtlinge sich genötigt sahen, ihr Vorhaben aufzugeben. Als sie nun am andern Morgen zur Verantwortung gezogen werden sollten, verweigerten sie die Auflorderung, den Arbeitsaal zu verlassen und vor der Direction zu erscheinen. Es bildete sich die Angelegenheit zu einem blutigen Handgemenge aus, da sich Einzelne mit Messern und Suhlebeinen bewaffnet hatten. Aufseher und ein Militärposten machten Gebrauch von der blanken Waffe und es wurde der eine Büchting stark am Kopf verwundet. Die Bevölkerung gelang bald; von den übrigen Insassen des Arbeitsaales, welche den Vorgange ruhig zusahen, betheiligte sich nur Einer, indem er einen Aufseher mit einem Stuhle angriff, wofür er später „Dreizig“ aber nicht in Silbergroschen, „richtig aufgezählt“ erhalten hat. Von den Aufsehern haben einige auch Verwundungen, glücklicherweise nur leichte davon getragen. Die hierher versetzten Verbrecher treten um so leder auf, da sie meist zu ebenslanglichem Buchthause verurtheilt sind. Einer solchen Gesellschaft gegenüber ist allerdings die gegenwärtig bestehende Milde in den Strafanstalten, Abel angebracht. — Seit gestern haben wir endlich herrliches Frühlingswetter und beeilen sich nun die Landwirke, die so lange verzögerten Feldarbeiten einzuschmeien. Wir werden das Schauspiel erleben, einen Dampfpflug arbeiten zu sehen, welchen ein erst hierher gezogener Industrieller, der Detmold Lieutenant Jänsch besitzt, und an Gutsbesitzer verliehen wird. — Unter den Schmieden und Schlossern der Actienwagenfabrik war, wegen Lohnverabredung ein Streit ausgebrochen; doch haben sich dieselben der Maßregel gestellt und die Arbeit beginnen wieder aufzunehmen.

△ **Schweidnitz, 4. April. Industrie.**] Die Maschinenbauanstalt des Fabrikbesitzers C. Janischek, mit welcher eine Eisengießerei verbunden ist, hatte zeither vorzugsweise Dreschmaschinen fertigt. Gegen viertausend sind aus dieser Werkstätte industrieller Thätigkeit hervorgegangen und nach verschiedenen Gegenden weit über die Grenzen unserer heimathlichen Provinz hinaus verlaufen worden. In neuester Zeit hat diese Fabrik neben der Urfertigung von Dreschmaschinen zugleich mit aller Energie die der Mähdreschmaschinen in Angriff genommen. Der freundlichen Einladung des Fabrikbesitzers zu folge versammelten sich gestern in dessen geschmackvoll eingerichteten neuen Wohnhause eine Anzahl Landwirthe und Industrielle unserer Provinz, um die nach drei verschiedenen Modellen neuconstruirten Mähdreschmaschinen in Augenschein zu nehmen. Der Redacteur der „Landwirtschaftlichen Zeitschrift“ Herr Lamme gab, als auf dem vor dem Stabilessement liegenden Gebiete die einzelnen Maschinen vorgeführt wurden, eine geschickliche Erläuterung über die Erfindung und Verbesserung der Mähdreschmaschinen in Nordamerika und England und über deren Einführung in Deutschland. Im Einverständniß mit dem Fabrikherrn legte er hierauf der nach amerikanischem Muster construirten Maschine, welche sich das allgemeine Beifalls der Sachkenner erfreute, den Namen „Silesia“ bei. Er sprach dabei die Erwartung aus, daß diese Maschine rasche Verbreitung finden und der Fabrikherr für seine industrielle Unternehmung einträglichen Lohn ernten werde. Diese Silesia stellt sich im Preise um 20 Prozent billiger heraus als die amerikanischen Maschinen. Bei heitrem Maße, gemürtzt durch ernste und launige Trümpfchre, verweilte die Gesellschaft mehrere Stunden nach der Besichtigung der industriellen Anlagen des Fabrikherrn.

J. P. Aus der Grafschaft Glaz, 5. April. Frühling. — Baum
pflanzungen.] Endlich scheint es Frühling werden zu wollen. Seine
Boten haben ihn zwar längst schon verkündet, sich aber ebenso geirrt gehabt
wie die Kalendermacher. Nachdem uns vorgestern die Sonne zum ersten
Mal geschienen seit langer, langer Zeit, stieg gestern die Temperatur schon
auf 10 $\frac{1}{2}$ Grad Wärme, während uns heute früh 7 Uhr das Thermometer
+ 4 $\frac{1}{2}$ Grad R. bei leisem Süd und heiteren Himmel verkündete. — Herr
Landrat Freiherr v. Seherr-Thoß fordert im Kreisblatt die Guts- und
Gemeindeworsteher auf, alsbald Vorkehrungen zu treffen, daß mit Eintritt
des Frühjahrs an allen öffentlichen Wegen die Anpflanzung mit Bäumen
ausgeführt, und vorhandene Anpflanzungen, so weit es erforderlich ist, er-
gänzt werden. Dabei spricht er „die bestimmte Erwartung“ aus, daß in
dieser Richtung „Rathhaftes und Zweckentsprechendes geschehe, und insbeson-
dere diejenigen Gemeinden, welche sich bisher noch säumig gezeigt haben, die
Sache endlich mit Ernst fördern werden.“ Nachdem er bezüglich der Art und
Weise der Anlage von Baumpflanzungen auf die näheren Anweisungen in
der Amtsblatt-Bekanntmachung vom 28. Oktober 1818 (Amtsblatt pro 1821
S. 134) hingewiesen, mahnt der Herr Landrat schließlich noch, die Anpflan-
zungen einer geeigneten Person zur Obhut und Pflege zu übergeben, welche
dafür zu sorgen habe, daß die Bäumchen mit hinreichend starken und langen
Pfählen versehen, und etwa sich lösende Verbände bald erneuert und wild
Trieb entfernt werden &c. Auch sollen die Herren Amtsverwalter die Aus-
führung dieser Anordnung in diesem Frühjahr ganz besonders controliren.

tz. Brieg, 5. April. [Thurm bau-Comite. — Concerte.] Nachdem der Fond zur Erbauung der Thürme an der großen evangel. Kirche hierselbst die Höhe von 21000 M. erreicht hat, hielt in diesen Tagen das mit der Ausgelegenheit betraute Comite abermals eine Sitzung ab, in welcher die Wege beraten wurden, die zur möglichst baldigen Ausführung des Projektes einzuschlagen seien. Bereits vor länger als einem Jahre war eine Lotterie in Aussicht genommen worden, verschiedene Umstände, u. A. der Weggang des Herrn Bürgermeister Orlovius, hatten die Ausführung verzögert, jedoch jetzt erst die einleitenden Schritte gethan werden, Hoffentlich gelingt es, die Genehmigung der lgl. Regierung zu dem beabsichtigten Abjaz von 50000 Losen a 3 M. zu erhalten. Die Gewinne sollen theils Geldgewinne sein, deren höchster 30,000 und der niedrigste 15 Mrl. betragen würde. Außerdem wird aber auch auf Geschenke an Gegenständen der verschiedensten Art gerechnet, damit den Loskäufern eine möglichst günstige Aussicht zur Erlangung eines Gewinnes geboten werden kann. Es steht zu hoffen, daß die Angelegenheit nicht abermals ins Stocken gerath und endlich bald die häßlichen Thurmstücke Bauwerken Platz machen, welche zu der schönen großen Kirche in passendem Verhältniß stehen. Das Baucomitee wolle nur frischweg wasgen. Soviel Local-Patriotismus besitzt sicher jeder Brieger Bürger ohne Unterschied der Confession, daß er bei einem solchen Unternehmen umweltthätige Beteiligung nicht lange gebeten werden darf. Also frisch ans Werk! — Das beste von den uns im vergangenen Winter von Herrn Capellmeister Börner gebotenen musikalischen Genüssen brachte uns sein letztes Extra-Concert, in welchem die Sängerin Frl. Jenny Hahn und Herr Hofconcertmeister und Herzogl. Altenburgischer Kammer-Virtuos Otto Lüstner aus Breslau mitwirkten. Die Klavier-Begleitung hatte Herr Cantor Jung bereitwillig übernommen. Sämmliche Piecen riefen einen wahrhaft stürmischen Beifall hervor. Die Ausführung der unvollendeten H-moll-Symphonie von Schubert und der beiden ersten Säye aus der Fritthjoss-Symphonie von Hofmann durch unsere Regiments-Capelle zeigte aufs neue das ausgezeichnete Direction-talent des Capellmeisters Herrn Börner. — Abschließen wird die Winter-Concert-Saison am Bustage mit der Aufführung des Dramatums „Die Siebenfläser“ von C. Löwe, welche von Herrn Cantor Jung in bekannter soragamster Weise vorbereitet wird.

= ch. = Oppeln, 5. April. [Concert. — Ein- und Auswanderung.] „Der Rose Pilgerfahrt“, diese schwierige und interessante Composition von R. Schumann in einer Provinzialstadt wie Oppeln zur Aufführung zu bringen, ist jedenfalls eine verdienstvolle Aufgabe und wir haben daher Herrn Cantor Müller angelegenlichen Dank zu sagen für die Anstrengungen und Mühen, denen er sich seit langer Zeit mit aller Hingabe unterzogen, um uns mit dem bedeutenden Werke in dem gestern Abend veranstalteten Concert des Gesangvereins für gemischten Chor bekannt zu machen. Die Hauptrollen hatten Fräulein v. Heinrichshofen aus Leipzig (Rose) Fräulein Stemmler und ein Herr aus Breslau gütigst übernommen; die übrigen Soli wurden von Mitgliedern des Vereins gesungen; die Clavierbegleitung lag in der Hand des Herrn Gymnasiallehrer Blümel, der seine schwierigen Aufgabe mit großer Correctheit entledigte. Das zahlreiche Auditorium spendete nicht nur der gedachten Composition, welche den 2. Theil des Concerts bildete, sondern auch den im 1. Theile zur Aufführung gekommenen 2 Chören aus den „Jahreszeiten“ (Solo: Fräulein Stemmler) und den Solovorträgen von Fräulein v. Heinrichshofen (3 Lieder von R. Franz und A. Jenzen) den verdientesten Beifall. — Im Jahre 1874 haben im Reg. Bezirk Oppeln 25 Familien und 32 einzelne Personen mit einer Gesamtzahl von 134 Köpfen Naturalisations-Urkunden erhalten und zwar aus Frankreich 1, aus Oesterreich 35, aus Russland 95, aus Nordamerika 3. — Dagegen beläuft sich die Zahl der mit Entlassungsurkunden versehenen auf 126 Familien und 71 einzelne Personen mit der erheblichen Gesamtzahl von 717 Köpfen. Von ihnen sind 589 nach Nordamerika, 6 nach Südamerika, 2 nach Holland, 112 nach Oesterreich und 8 nach Russland ausgewandert.

○ Beuthen, O/S., 4. April. [Feuerwehrsache.] Die seit dem Herbst v. J. schwedende Feuerwehr-Angelegenheit ist von der Stadtverordneten-Versammlung am letzten Tage des vergessenen Quartals endlich im zustimmenden Sinne entschieden worden. Die hierauf bezüglichen Vorlagen, welche schon im Februar einmal auf der Tagesordnung gestanden, umfassen 1) die Genehmigung des vom Magistrat überreichten Ortsstatuts für die Stadt Beuthen, betreffend die Feuerlöschhilfe &c. und 2) den Antrag des freiwilligen Feuerlösch- und Rettungsvereins hierorts um eine Subvention zur Beschaffung von Ausrüstungsgegenständen. Für die zunächst nöthigsten Gegenstände war die Subvention in Höhe von 900 Thlr. veranschlagt und erbeten. Magistrat befürwortete indessen nur die zur Beschaffung von Löschgeräthen erforderlichen 458 Thlr., während er 441 Thlr. 20 Sgr. für Bekleidungs-Gegenstände abzusezen vorschlug. Diesem Magistratsantrage entsprechend genehmigte die Versammlung eine Subvention von 458 Thlr. Für die somit veranschlagten Kosten für Bekleidungs-Gegenstände wurden auf Vorschlag des Herrn Dr. Manheimer 100 Thlr. speciell für Bekleidung der Steiger-Abtheilung ausgesetzt und außerdem dem Verein jährlich 30 Thlr. zur Instandhaltung der Geräthe zugesichert. Das Ortsstatut enthält die wesentlichen Bestimmungen, nach welchen jeder männliche Einwohner, Staatsbeamte, Geistliche und Lehrer ausgeschlossen, der das Alter von 50 Jahren noch nicht überschritten hat, bei einem Feuer zu erscheinen und Hilfe zu leisten verpflichtet ist. Die Befreiung von dieser Verpflichtung kann gegen Zahlung von 6 Mark jährlich erkaufst werden. Ebenso muss jeder, der Werbe besitzt, dieselben zum Feuerlöschdienst hergeben, mit Ausnahme der öffentlichen Dienst- und Militärspferde. Die Oberleitung des gesammten städtischen Feuerlöschwesens, eventuell auch die Oberaufsicht bei eintretendem Brande,

Nosenberg D.S., 4. April. [Lehrerversammlung.] Donnerstag den 1. April c. fand hier selbst im Hotel zum König von Preußen unter dem Vorsitz des Kreis-Schul-Inspectors Schreier eine Versammlung der zur biegen Kreis-Schul-Inspection gehörigen Lehrer statt, in welcher besonders

bekannt gemacht und behuß gründlicher Information der Lehrer einer eingehenden Erörterung und Erläuterung unterworfen wurden. Zunächst kam die Verordnung an die Reihe, nach welcher nunmehr nicht nur jüngere Lehrer, die ihre zweite Prüfung noch nicht bestanden, anlässlich ihrer weiteren Fortbildung im Lehrfach die Verpflichtung haben, periodisch Themata aus dem Gebiete des Unterrichtswesens schriftlich zu bearbeiten und dem Kreisschul-Inspector nach festgelegter Frist zur Durchicht und Beurtheilung einzureichen, sondern selbst ältere Lehrer, bei denen dies nach dem Ermessen der staatlichen Aufsichtsbehörde nothwendig erscheint. Die Aussezungen und Bemängelungen, welche die Regierung in Bezug auf Form und Inhalt solcher Arbeiten fundgegeben, riefen in der zahlreichen Versammlung der Lehrer einerseits Staunen hervor, führten aber auch andererseits auf ein recht wirksames Mittel, diesem Uebelstande für die Zukunft zu begegnen. Da nämlich Lehrer in recht abgelegenen Ortschaften wegen Mangels einer Lehrerbibliothek bei Bearbeitung wissenschaftlicher Themata sich in die traurige Lage versetzt sehen, den hierzu erforderlichen Stoff nur mit den größten Schwierigkeiten und Kosten verschaffen zu können, so wurde der von dem Vorsitzenden gemachte Vorschlag, für den hiesigen Schul-Inspectionsbezirk eine Lehrerbibliothek anzuschaffen, nach kurzer Debatte einmuthig angenommen. Jeder Lehrer verpflichtete sich zu diesem Zwecke zu einem monatlichen Beitrage von $\frac{1}{2}$ Mark, und da der größte Theil derselben sofort den Beitrag für das erste Semester laufenden Jahres mit 3 Mark baar erlegen, so ist gleich eine ziemlich erleddliche Summe zusammengebracht worden. — Hierauf hielt der Rector Paul an der katholischen Stadtschule zu Rosenberg einen eingehenden Vortrag über „Die Culturzustände der politischen Landbevölkerung Oberschlesiens, deren Ursachen und die allgemeinen Bestimmungen des lgl. preußischen Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-A Angelegenheiten vom 15. October 1872 r.“ — Nachdem noch den Lehrern seitens des Vorsitzenden recht dringend an's Herz gelegt worden war, den Schülern die Schönung der für die Lands- und Forstwirthschaft so nützlichen Vögel, besonders der Singvögel, aufzugeben, wurde die Versammlung geschlossen.*)

) Bei dem jetzt wieder überwiegend vorhandenen politischen Stoffe ist es unmöglich, ausgedehnte Referate über Versammlungen &c. aufzunehmen, wenn nicht hervorragende Wichtigkeit die Ausnahme rechtfertigt. D. W. P.

A. Gleiwitz, 4. April. Ultramontane Zeitung. — Volksbildungsgesellschaft. — von Richthofen.] Dem vor wenigen Wochen ins Leben gesetzten katholischen Volksverein ist jetzt ein anderer ultramontaner Sprößling gefolgt, die „Oberschlesische Volksstimme“, ein von dem gesperrten Capelan Ganczarski redigirtes, zweimal wöchentlich erscheinendes Blatt. Nach den bis jetzt erschienenen zwei Nummern zu urtheilen, reiht sich dies neue Erzeugniß ultramontaner Hegerei den bereits bestehenden Blättern der Capelanpreise würdig an und lohnt es sich nicht, diesem Blatte weitere Aufmerksamkeit zu schenken. Ob übrigens die Gründer desselben ihre Rechnung finden werden, möchten wir bezweifeln, da wir nicht glauben können, daß die hiesigen Geschäftsleute, welche zum allergrößten Theile nicht ultramontan sind, ein Blatt unterstützen werden, das die römischen Katholiken gegen sie aufhebt. — In Folge eines Vortrags, den der Wanderlehrer Julius Keller am 27. vorigen Monats hier gehalten, hat sich ein Volksbildungsverein gebildet, der in einem längeren Artikel des „Oberschlesischen Wanderers“ mit Recht warm empfohlen wird. Auch wir bedauern mit dem Verfasser jenes Artikels die gänzliche Theilnahmslosigkeit, welcher die Bildung dieses Vereins von Seiten der gebildeteren Bevölkerung unserer Stadt begegnete. Gerade in diesem Vereine wäre ein günstiges Feld gesunden, auf welchem der schwarzen wie der rothen Agitation ein Ziel gesetzt werden könnte. — Herr Canonicus von Richthofen, welcher seit September vorigen Jahres die hiesige alt-katholische Gemeinde pastorirte, hat bei dem heutigen Gottesdienst von der Gemeinde Abschied genommen, um sich ins Privatleben zurückzuziehen. Der Weggang dieses auch von den Nichtkatholiken hochgeachteten Mannes ist für die hiesigen Alt-katholiken ein schwer zu erzeugender Verlust.

O. Myslowitz, 4. April. [Verschiedenes.] Die neu gewählten beiden Rathsherrn Rosenbaum und Staub sind durch die Königl. Regierung bestätigt und wird demnächst ihre Amtseinführung erfolgen. Eine Eratzwahl für den jüngst verstorbenen Rathsherrn Landsberger steht bevor und ist dann das Magistratscollegium seit langer Zeit wieder einmal vollzählig. — Das Resultat der Prüfungen in den Elementarschulen sowohl, als auch in unserer höheren Knabenschule war recht erfreulich, namentlich in der deutschen Sprache haben alle Kinder bedeutende Fortschritte gemacht. — Der Verein Breslau' er Damen, welcher sich die Heilighaltung des Sonntags zur Aufgabe stellt, hat hier frommen Seelen den Impuls zur Gründung eines Pendant's gegeben. Allwochenlich soll in Familientreffen eine Zusammenkunft behufs Deutung der heiligen Schrift und Förderung der Frömmigkeit stattfinden. Sicherem Vernehmen nach findet die erste resp. Probeversammlung nächsten Donnerstag statt, Tagesordnung ist: Auslegung des neunten Gebotes.

Berlin, 5. April. Die Börse eröffnete die neue Woche in einer sehr günstigen Stimmung, die Haltung war fest, die Umsätze vollzogen sich leicht und schnell und hatten überdies auch recht ansehnlich an Ausdehnung gewonnen. Die Folge davon war, daß das Coursniveau auf der ganzen Linie eine Erhöhung erfuhr. Die feste Haltung stützte sich wohl zum Theil auf animirende Nachrichten aus Wien und Frankfurt, war aber auch der hiesigen Börse in dem Maße eigen, daß selbst umfangreichere Realisationsverkäufe dieselbe nicht zu schwächen vermochten. Besonders zeichnete sich die erste Börsensuite in dieser Hinsicht aus und fielen auch in diesen Zeitraum hauptsächlich die erzielten Avancen. Von den internationalen Speculations-effecten verdienten Lombarden namentlich herborgehoben zu werden; nachdem dieselben mit einem geringen Avance der Schlussnotiz vom Sonnabend gegenüber eröffnet hatten, zogen sie in kurzer Frist um 3 M. an und schließen überhaupt 5 M. über der Sonnabend-Notirung; auch Oesterr. Creditactien gingen lebhaft um zu steigendem Course, sie erfuhrn gegen Sonnabend eine Steigerung von 6 M.; Franzosen, zwar ebenfalls fest, blieben aber doch in der Coursentwicklung zurück. Die localen Speculationspapiere betheiligten sich mit Ausnahme von Disc.-Commandit, welche 180%, ult. 179%—81% notir, weniger am Verkehr, und veränderten auch nur in geringerem Maße die Notirungen. Dortmund Union 27%, ult. 27%, Laurahütte 119%, ult. 119%—18%—19%—19%. Oesterreichische Nebenbahnen verhielten sich ruhiger, Galizier konnten bei sehr fester Tendenz ihren Cours erhöhen, Oesterreichische Nordwestbahn blieb unverändert; Elisabeth-Westbahn und Böhmisches zogen bei gutem Verkehr im Course etwas an. In auswärtigen Staatsanleihen nahm der Verkehr einen recht animirten Charakter an. Oesterreichische Rente und Amerikaner waren sehr begehrte. Unter den Loospapieren zeichneten sich ganz besonders der Loose und Ungarische Loose durch regen Umsatz und steigende Course aus. Italiener und Türken blieben gut zu lassen. Russische Werthe erfreuten sich guten Absatzes, namentlich war die Stimmung den Lütsl.-Anleihen günstig. Preuß. Fonds belebt und fest, obwohl einzelne Effecten im Course etwas nachließen; andere deutsche Staatspapiere ruhiger. Das Geschäft in Eisenbahn-Prioritäten erwies sich als recht belebt und erfreuten sich alle hierher gehörigen Werthe guter Festigkeit. Halle-Sorau I. anziehend, Ungarische Ostbahn- (Staats-) Obligationen begehr zu steigendem Course, auch Albrechts-Bahn und Lombardische beachtet. Für Russische Prioritäten nahm der Begehr ebenfalls erweiterte Verhältnisse an. Auf dem Eisenbahnactienmarkte hatte eine sehr feste Stimmung Platz genommen und war das Geschäft recht belebt. Die rheinisch-westphälischen Devisen wurden zu anziehenden Coursen in größeren Beträgen gehandelt, auch Potsdamer, Halberstädter und Oberschlesische zeichneten sich durch regen Verkehr aus. Leichte Bahnen blieben im Allgemeinen ruhiger, trugen aber auch einen festen Charakter. Schweizerische West-, Schweizer Unionbahn, Lüttich-Limburg, Nabelebahn, Maastrichter und Bresl.-Grajewo beliebter. Baut-actien gut zu lassen; Berl. Bankverein, Centralbank für Industrie, für Bauten, Berliner Handelsgesellschaft, Essener Credit, Braunschweiger Credit, Luxemburger Bank, Hannoversche Bank und Leipziger Bankverein belebt und zum Theil höher, Bergisch-Märkische Bank und Geraer Credit offerirt und niedriger. Für Industriepapiere zeigte sich vielfach gute Kauflust, so waren fast sämtliche Montanwerthe beliebt und gefragt, Bauverein Königstadt lebhaft, Bergbrauerei begehr, auf die Nachricht, daß dieses Etablissement verkauft werden soll. Große Pferdebahn besser, Centralheizung und Neptun belebt. — Um 2½ Uhr: Credit 444, Lombarden 267½, Franzosen 563%, Disc.-Comm. 181, Darm. Union 27%, Laurahütte 119%. (Bank- u. S.-B.)

Wien, 5. April. [Die Einnahmen der österr.-franz. Staatsbahn] betragen in der Woche vom 26. März bis 1. April 474,963 Fl., ergaben mithin gegen die entsprechende Woche des Vorjahres eine Minder-einnahme von 51.103 Fl.

Einnahme von 51,103 fl. [Einnahme der Karl-Ludwigsbahn] vom 26. März bis 1. April 185884 fl. Mindereinnahme gegen die entsprechende Woche des Vorjahres 108,519 fl.

Plymouth, 5. April. Die deutsche Corvette „Elisabeth“ ist heute Morgen, von Ostasien kommend, hier eingelaufen, um Depeschen entgegenzunehmen

Berliner Börse vom 5. April 1875.

Wechsel-Course.	
Amsterdam	100fl. 8 T. 3½ 175,25 bz
do. do. 2 M. 3½ 174,25 bz	
Augsburg 100 Fl. 2 M. 4 —	
Frankf. M. 100fl. 2 M. 4 —	
Leipzig 100 Thlr. 8 T. 4 182,50 bz	
London 1 Lst. 3 M. 3½ 20,43 bz	
Paris 100 Frs. 8 T. 4 81,70 bz	
Petersburg 100 SR. 3 M. 5½ 280 bz	
Warschau 100 SR. 8 T. 4 282,60 bz	
Wien 100 Fl. 8 T. 4 184'2 bz	
do. do. 2 M. 4 182,75 bz	

Fonds- und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anleihe 4%	
Staats-Anl. 4% 1/2% 1/2% —	
do. consolid. 4% 105,50 bzG	
do. 4% 99 bzG	
Staats-Schuldscheine 3½ 90,90 bzG	
Präm.-Anleihe v. 1853 3½ 138 bz	
Berliner Stadt-Oblig. 4% 102,50 bz	
do. 101,90 bz	
Pommersche 3½ 87,30 G	
Posenische 4 95 bz	
Schlesische 3½ —	
Kur. u. Neumärk. 4 97,60 bz	
Pommersche 4 97,50 bz	
Posenische 4 96,70 bz	
Preussische 4 97 bz	
Westfäl. u. Rhein. 4 98 bz	
Sächsische 4 97,40 B	
Sächsische 4 96,70 bz	
Badische Präm.-Anl. 4 120 bzG	
Baierische 4% Anleihe 120,90 bzG	
Cöln-Mind. Prämiesch. 3½ 199,60 bzG	
Louisd. — d. — Fremd.Bkn. 90,93 bzG	
Ducated. 9,60 bz Oest. Bkn. 184,20 bz	
Sover. 20,32 bz do. Silberg. 190 bzG	
Napoleons. 16,35 bz do. 4-Guld. 190 bzG	
Imperials. 16,77 bz Russ.Bkn. 282,60 bz	
Dollars 4,195 bz	

Hypotheken-Certificate.

Krapp'sche Partial Obl. 5 103,80 bz	
Unkb. Pf. d. Pr. Hyp.-Bt. 4 100,50 bz	
Deutsche Hyp.-Bt. 4 95,75 G	
Kündbr. Cent.-Bod. Cr. 4 100,30 G	
Unkund. do. (1872) 3½ 102 bzB	
do. rückbz. a 110 5 105,50 bz	
do. do. 4½ 101 bz	
Unk. H. d. Pr. Bd. Crd.-B. 5 103 bzG	
do. III. Em. do. 5 101 bzG	
Kündb. Hyp.-Schuld. 5 99,90 bzG	
Hyp. Anth. Nord.-G.C.B. 5 101,23 bz	
Pomm. Hypoth.-Briefe 5 166 G	
Goth. Präm.-P. I. Em. 5 109,70 bz	
do. II. Em. do. 5 105,90 bz	
do. 5% F. rklzbr. m 110 5 103,80 bzG	
Meiningen. Präm.-Pfd. 4 105 bzB	
Oest. Silberpfandbr. 5½ 64 bzG	
do. Hyp. Crd. Pfndbr. 5 65 B	
Pfbd. d. Oest. Bd. Cr. -Ge. 5 88,50 bz	
Schles. Bodencr. Pfndbr. 5 100,50 G	
do. do. 4½ 95 G	
Süd. Bod. Cred.-Pfd. 5 103 G	
Wiener Silberpfandbr. 5½ —	

Ausländische Fonds.

Oest. Silberrente 4½ 69,70 bz	
do. Papierrente 4½ 65,40 bz	
do. 5% Präm.-Anl. 4 114,75 B	
do. Lot.-Anl. v. 60 5 121,23-122 bz	
do. Credit-Loose 387,50 bz	
do. 64er Loose 312 bzB	
Kuss. Präm.-Anl. v. 64 5 174,90 bz	
do. do. 1866 5 171,18 bz	
do. Bod.-Cred.-Pfdbr. 5 91,90 bz	
Russ.-Pol. Schatz-Obl. 4 89,16 bzG	
Poin. Pfandbr. III. Em. 5 83,50 G	
Poin. Liquid.-Pfandbr. 4 70,48 bz	
do. do. 1,885 5 102,20 bz	
do. 5% Anleihe 5 99,70 bz	
Fränzösische Rente 104 G	
Ital. neue 5% Anleihe 5 72,69 bz	
Ital. Tabak-Oblig. 5 100,30 bz	
Raab-Grazer 100 Thlr. L 4 85,10 bz	
Rumänische Anleihe 8 105,70 bz	
Türkische Anleihe 5 44,10 etbg	
Ung. 5% St.-Eisenb.-Anl. 5 77,50 bzB	
Schwedische 10 Thlr.-Loose —	
Finnische 10 Thlr.-Loose 29 G	
Türken-Loose 104,75 bzB	

Eisenbahn-Prioritäts-Aktionen.

Berg.-Märk. Serie II. 4½ 99,40 G	
do. III.V.St.3½ 4 85 etbaB	
do. do. V. 4 98,25 bz	
do. Hess. Nordbahn 5 103,40 bz	
Berlin-Görlitz 108,75 bz	
do. do. 4 —	
Breslau-Freib. Litt. D. 4 95 bzG	
do. do. G. 4 97 bzB	
do. do. H. 4 95,75 B [bzG]	
do. do. J. 4 — K. 94,70	
Cöln-Minden 3½ 4 —	
do. do. do. 4½ 100 G	
do. do. IV. 4 92,75 B	
do. do. V. 4 92 B	
Halle-Sorau-Gub. 86 bzG	
do. do. Altenbekken 4½ —	
Märkisch-Posener 101,50 G	
N.M. Staatsb. I. Ser. 4 97 bzG	
do. do. II. Ser. 4 —	
do. do. Obil.u.lull. 4 97,20 bzG	
do. do. III. Ser. 4 96 G	
Oberschles. A. 4 —	
do. B. 3½ 86,40 bz	
do. C. 92,75 G	
do. D. 93,25 bzB	
do. E. 3½ 85,25 bz	
do. F. 100,75 etbaB	
do. G. 99,25 bz	
do. H. 101,50 B	
do. 103,35 bzG	
do. von 1873. 4 —	
do. von 1874. 4 —	
do. Brieg.-Neisse 4½ 98,70 bz	
do. Reichen.-Oderb. 4 93,75 B	
do. do. 103,80 bzG	
do. Stargard.-Posen. 4 —	
do. II. Em. 4 —	
do. III. Em. 4 —	
do. Ndrschl. Zwg. 3½ 80 G	
Reiche.-Oder-Ufer-B. 5 103 G	
Schlesw. Eisenbahn 99 G	
Chemnitz-Komotau 61,60 bz	
Dux-Bodenbach 82 B	
do. II. Emission. 3 67 bz	
Prag-Dux 34,50 G	
Gal. Carl-Ludw.-Bahn. 5 93,50 G	
do. do. neue 3 92,10 G	
Kaschau-Oderberg 77,10 bzB	
Ung. Nordostbahn 66,30 bzG	
Ung. Ostbah. 63,20 bzG	
Lemberg.-Czernowitz 72,25 bzG	
do. do. II. 5 78,20 bzG	
do. do. III. 5 72 bzG	
Mährische Grenzbahn 71,10 bzG	
Mähr.-Schl. Centralbahn fr. 27,40 B	
Kronpr. Rudolph-Bahn 5 83,90 bzG	
Oester.-Französische 324,60 bzB	
do. do. neue 3 318 bzG	
do. südl. Staatsbahn 3 256,25 bzG	
do. neue 256,50 G	
do. Obligationen 88 bz	
Warschau-Wien II. 5 100 B	
do. III. 5 99 G	
do. IV. 5 99 bz	
Bank-Discount 4 pct.	
Lombard-Zincfuss 5 pct.	

Bank-Discount 4 pct.

Lombard-Zincfuss 5 pct.

Eisenbahn-Stamm-Aktionen.

Divid. pro	1873	1874	Zf.
Aachen-Maistricht	1½	4	31,25 bzG
Berg.-Märkische	3	4	96 bzB
Bar.-in-Aahat	16	8½	122 B
do. Dresden	5	5	50 bzG
Berlin-Görlitz	3	—	65 bz
Berlin-Hamburg	10	12½	184,50 bz
Berl. Nordbahn	5	0	4,10 bz
Berl. Postd.-Magd.	4	4	79,75 bz
Berlin-Stettin	10½	9½	139 bzB
Böh. Westbahn	5	5	89 bz
Breslau-Freib.	8	7½	84,75 bz
do. nene	5	5	—
Cöln-Minden	8½	—	119-185 bz
do. neue	5	5	103,25 bzG
Cuxhav. Eisenb.	6	6	—
Dux-Bodenbach B	0	0	33,10 bzG
Gal.-Carl-Ludw.-B.	8,67	—	108,50 8,75 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	0	23,50 bz
Hannover-Altenb.	0	0	21,50 bz
Kaschau-Oderbrg.	5	5	60,50 bzG
Kronpr.Kudolph.	5	5	66 bzG
Ludwigs.-Bx.	—	—	177,60
Mark.-Posener	0	0	27,25 bz
Magdeb.-Halberst.	6	—	81 bzG
Magdeb.-Leipzig	14	14	229 bzB
do. Lit.	4	4	93,29 bz
Mahn-Ludwigh.	9	—	118 bz
Niedersch.-Märk.	4	4	97,90 bz
Oberschl. A. C. D.	13½	—	148,90 bz
do. B.	13½	—	140,25 bzG
Oester.-Fr.-St.-B.	10	4½	133,75 bzG
Oest. Nordwestb.	5	5	56,65 bz
Oester.südl.-St.-B.	3	—	298,89 bz
Ostpreuss. Sudh.	0	0	263-67,50 bz
Rechte-O.U.-Bahn	6	7½	113 bz
Reichenberg-Fard.	4½	4½	68,50 bz
Rheinische	9	—	120-20 bz
Rhein.-Nahe-Bahn	0	0	21,70 bzG
Rumän.Eisenbahn	5	—	33,70
Stardz.-Westbahn	12½	—	17,25 bzG
Stargard.-Posener	4½	4½	161 B
Thüringer	7½	—	117 bzG
Warschau-Wien	11	—	255,10 bz

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr. Bureau.)